

N i e d e r s c h r i f t

**der 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 19.08.2009**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:03 Uhr bis 18:57 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	OB	
Herr Harald Bartl	parteilos	anwesend bis 18:45 Uhr
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	anwesend bis 19:09 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	anwesend ab 18:45 Uhr in Vertretung für Herrn Bartl
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	in Vertretung für Herrn Lange
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	in Vertretung für Frau Nagel
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	anwesend bis 18:22 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	anwesend bis 18:20 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG	
Herr Tobias Kogge	BG	
Herr Wolfram Neumann	BG	

Entschuldigt fehlen:

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.
Herr Egbert Geier	BG

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 1. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.2 Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Verwendung der Mittel aus Zuwendungsverträgen an ausgewählten Einrichtungen; hier: Stellungnahme der Verwaltung zur überörtlichen Prüfung des Verbundes Oper Halle/Staatskapelle Halle
Vorlage: IV/2009/08029
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.3 Zwischenabschluss zum 31.12.2008 Kulturinsel Halle
Vorlage: IV/2009/08050
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.4 Zwischenabschluss zum 31.12.2008 für den Zeitraum vom 01. August bis 31. Dezember 2008 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater
Vorlage: IV/2009/08052
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Des Weiteren informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass zum TOP 5.1 Nachtragshaushalt die Mitglieder des Hauptausschusses zwei Austauschblätter erhalten haben und zum TOP 8.1 eine Übersicht ausgeteilt wurde.

Darüber hinaus werde sie unter dem TOP Mitteilungen über nachfolgende Themen informieren:

- Stand Gesetzentwurf Finanzausgleichsgesetz (FAG),
- Neubau Kurt-Wabbel-Stadion,
- Schwimmhalle Robert-Koch-Straße,
- Genehmigung der Hauptsatzung sowie
- Verfahrensweise zur Straßenumbenennung „An der Petruskirche“

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.0 Bestellung einer Protokollführerin sowie einer stellvertretenden Protokollführerin
Vorlage: V/2009/08135
- 5.1 Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2009 und Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: V/2009/08103
- 5.2 *Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Verwendung der Mittel aus Zuwendungsverträgen an ausgewählten Einrichtungen; hier: Stellungnahme der Verwaltung zur überörtlichen Prüfung des Verbundes Oper Halle/Staatskapelle Halle*
Vorlage: IV/2009/08029 abgesetzt
- 5.3 *Zwischenabschluss zum 31.12.2008 Kulturinsel Halle*
Vorlage: IV/2009/08050 abgesetzt
- 5.4 *Zwischenabschluss zum 31.12.2008 für den Zeitraum vom 01. August bis 31. Dezember 2008 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater*
Vorlage: IV/2009/08052 abgesetzt
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die Niederschrift der 54. öffentlichen Sitzung den ehemaligen Mitgliedern des Hauptausschusses zugesandt wurde mit der Bitte um Bestätigung. Seitens der Mitglieder gab es keine Einwände oder Änderungswünsche, so dass die Niederschrift der 54. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 20.05.09 genehmigt sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte, dass auf Grundlage der bisherigen Haushaltsdurchführung sowie entsprechender Hochrechnungen eine Einsparung in Höhe von 2 Mio. € gegenüber dem Haushaltsansatz von Februar 2009 realistisch sei. Hinzu komme die vom Stadtrat beschlossene Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen, durch die erhöhte Einnahmen erzielt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, ergänzte, dass zum einen eine Korrektur des Sozialministeriums vorgenommen wurde, die zu einer Mehreinnahme für die Verwaltung führte. Diese wurde dann zur Senkung des Gesamtzuschusses im Bereich KITA angesetzt.

Zum anderen haben die Freien Träger zu einem großen Teil ihre Gebühren an die vom Stadtrat im Mai 2009 beschlossene Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen angepasst, so dass das von der Stadtverwaltung zu zahlende Defizit für die Freien Träger geringer geworden sei. Aus diesem Grund gehe man derzeit davon aus, dass im III. und IV. Quartal jeweils etwa 1 Mio. € eingespart werden könne.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte, weshalb man jetzt beim Eigenbetrieb KITA einen Überschuss in Höhe von 1 Mio. € entdeckt habe, obwohl immer versichert wurde, dass dieser schon sehr sparsam wirtschaftet.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, machte deutlich, dass der Eigenbetrieb KITA keinen Überschuss habe, sondern die Einsparung in Höhe von 1 Mio. € auf die beschlossene Satzung zurückzuführen sei, die zu Mehreinnahmen führe.

Weiterhin wies **Herr Beigeordneter Kogge** auf die Anfrage im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zur Sonderposition „Gesundheitsschutz für Erzieher“ hin. Hier werde eine Veränderung des Tarifsystems vorgenommen, so dass der öffentliche Träger ab November 2009 eine höhere Vergütung zahlen müsse. Beim Eigenbetrieb KITA wäre von 190.000 € pro Monat auszugehen. In der Stadt Halle falle allerdings das Haushaltsjahr im Bereich KITA von November auf November des Folgejahres, so dass bei der Veränderung des Tarifsystems lediglich ein Monat zu berücksichtigen sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass eine Prognose zu Beginn des Jahres immer schwierig sei, da man nicht weiß, wie hoch die Anzahl der Eltern sei, für die man die Kosten aufgrund von z. B. Hartz IV übernehmen müsse. Aufgrund dessen werde im Laufe des Jahres eine solche Hochrechnung aktualisiert, um Veränderungen entgegen wirken zu können.

Herr Wolter, Fraktion MITBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, stellte dar, dass in der Nachtragssatzung mit 138.190.600 € und der neu vorgelegten Modellrechnung zum Abbau Altdefizit mit 138.785.000 € (Seite 189, Plan 2009) eine Differenz von ca. 600.000 € aufgetreten sei. Er bat um eine Erklärung.

Im Laufe der anschließenden kurzen Diskussion darüber hatte sich herausgestellt, dass es sich nicht wie angenommen um einen Zahlendreher, sondern um einen Rechenfehler handelt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu und dass den Fraktionen schnellst möglich eine Korrektur nachgereicht werde.

Herr Wolter, Fraktion MITBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf die Globale Minderung in Höhe von 3,75 Mio. €. Dazu hatten die Stadträte im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften Nachfragen, aber auch Anregungen und Vorschläge, um den Nachtragshaushalt politisch verantworten und letztendlich zustimmen zu können. Diese Fragen wurden allerdings nicht beantwortet, so dass er gehofft hatte, dass die Verwaltung sich heute dazu äußern werde.

Daraufhin erwiderte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass der Betrag auf die Dezer-nate aufgeteilt wurde und die Schwerpunkte in der Vorlage benannt seien.

Die **Mitglieder des Hauptausschusses** gaben sich damit nicht zufrieden. Die Globale Min-derung müsse konkret untersetzt werden, um eine politische Diskussion führen zu können. Als eines der wenigen Beispiele habe die Verwaltung die Streichung des Semestertickets aufgeführt, mit der die Mitglieder des Hauptausschusses nicht einverstanden waren. Des Weiteren seien die Vorschläge der Verwaltung im Rahmen der Globalen Minderung etwas ungewöhnlich, da hier gesamte Aufgabenblöcke gestrichen werden sollen.

Ein weiterer Punkt, dem die Mitglieder des Hauptausschusses nicht zustimmen können, sei die Sachausstattung Schulen. Hier könnten keine weiteren Einsparungen vorgenommen werden.

Darüber hinaus kam die Frage auf, welche Vereine und Verbände von der Globalen Minde-rung betroffen seien. Hier sollten die Vereine und Maßnahmen aufgeführt werden, bei denen man eine Kürzung vornehmen wolle. Dies sei notwendig, um über den Nachtragshaushalt entscheiden zu können.

Auch Punkte, wie die Übertragung der Bäder mit einer Einsparung von 400.000 € sowie die Einsparung beim Eigenbetrieb ZGM, Flächenreduzierung in Höhe von 1,2 Mio. € wären nicht untersetzt und kaum nachvollziehbar.

Es wurde zum Ausdruck gebracht, dass man erwartet habe, dass die Verwaltung in der heu-tigen Sitzung aufgrund der jetzigen Haushaltssperre über die bisher erzielten Einsparungen informiert. Dies wäre in Form von Quartalsberichten oder Mittelabflusslisten möglich.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte, dass es nicht um eine Streichung des Se-mestertickets geht - das sehe sie genau so wie die Stadträte -, sondern um eine in dieser Höhe nicht notwendige Verausgabung der eingeplanten Mittel.

Hinsichtlich der Vereine und Verbände betonte sie, dass bis auf den Kulturbereich in den einzelnen Fachausschüssen bereits beschlossen wurde, welche Maßnahmen der Vereine und Verbände mit Fördermitteln unterstützt werden. Die Fördermittel dieser Maßnahmen werden bei Zustimmung des Nachtragshaushaltes gezahlt und fallen nicht in die Globale Minderung.

Bezogen auf die Ausstattung der Schulen machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass man hier genau prüfen müsse, ob Anschaffungen für einzelne Schulen eventu-ell im Rahmen der PPP-Projekte realisiert werden können. Man brauche jetzt keine Sanie-rungen einzelner Bereiche in den Schulen vornehmen, wenn später über das Konjunkturpro-gramm oder EFRE-Programm die Schule insgesamt saniert werde. Für Maßnahmen, die zur Durchführung des Schulunterrichtes erforderlich seien, werden den Schulen selbstverständ-lich die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt.

Sollte die vorläufige Haushaltsführung durch eine Beanstandung weiter fortgeführt werden müssen, dann wären die Vereine und Verbände ebenso von einer Haushaltssperre betroffen wie die Schulen und es könnten lediglich Mittel ausbezahlt werden, die unabweisbar wären.

Ihres Erachtens sei eine Einzeluntersetzung der Positionen nicht von Vorteil, da man nicht ohne Weiteres eine Hochrechnung für einzelne Haushaltsstellen durchführen könne. Aus diesem Grund habe man sich für eine Globale Minderung und Schwerpunkte in den einzelnen Dezernaten entschieden, um mögliche Mehrausgaben in einem Bereich durch Minderungen in einem anderen Bereich ausgleichen zu können.

Infolge dessen wäre es völlig ausreichend, dass die Stadtratsmitglieder ihre Vorstellungen bezüglich der vorgeschlagenen Kürzungen gegenüber der Verwaltung äußern. Dann habe die Verwaltung eine Orientierung und könne entsprechend arbeiten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, den Fraktionen spätestens bis Montag zur Fraktionssitzung den Mittelabfluss per 30.06.09 zukommen zu lassen.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, erklärte in Vertretung für Herrn Beigeordneten Geier, auf welcher Grundlage man die entsprechenden Beträge berechnet habe und eine Einsparung in Höhe von 14 Mio. € umgesetzt werden könne.

Er machte darauf aufmerksam, dass gerade im Vermögenshaushalt Investitionsmaßnahmen anstehen, die durch eine Beanstandung des Haushaltes nicht begonnen bzw. weitergeführt werden können.

Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion, bat darum, dass in den Mittelabflusslisten auch die Quartalsplanzahlen aufgeführt werden, um die tatsächlichen Einsparungen gegenüber dem Planansatz erkennen zu können.

Anschließend hinterfragten die **Mitglieder des Hauptausschusses** die Sachverständigenkosten und weshalb trotz eines genehmigten Haushaltes eine Haushaltssperre vorliege und keine Zuschüsse an die Vereine und Verbände gezahlt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados widersprach dem. Sie wies ausdrücklich darauf hin, dass die Stadt Halle keinen genehmigten Haushalt habe. Es wurde lediglich die Beanstandung des Haushaltes aufgehoben mit der Auflage, unverzüglich einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Aufgrund dessen können bislang nur Pflichtaufgaben und unabweisbare Maßnahmen erfüllt werden.

Sollte dem Nachtragshaushalt zugestimmt werden und das Landesverwaltungsamt den städtischen Haushalt für das Jahr 2009 akzeptieren, werde man entsprechend des Nachtragshaushaltes die Sperrvermerke setzen. Alle anderen Maßnahmen, wie z. B. die von den Fachausschüssen beschlossenen Fördermittel an die Vereine und Verbände, können dann veranlasst werden.

Hinsichtlich der Sachverständigenkosten, speziell im Dezernat Finanzen und Personal, erklärte sie, dass diese nach den Erfahrungswerten der letzten Jahre eingeplant wurden. Die Ausgaben wurden geprüft und jetzt sei es Aufgabe der Verwaltung zu entscheiden, welche Gutachten dringend notwendig wären. Hier eine haushaltskonkrete Untersetzung vorzunehmen, halte sie für nicht umsetzbar.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schwerpunktmäßige Untersetzung der Sachverständigenkosten zu und bat Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack, dies für die Stadträte nachvollziehbar darzustellen. Des Weiteren werde durch Herrn Beigeordneten Kogge eine Untersetzung im Bereich der Schulen erfolgen.

Der Stadtrat, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter, habe Richtlinienkompetenz. Es sollten Schwerpunkte gesetzt werden, so dass die Verwaltung weiß, in welchem Bereich keine Kürzungen gewünscht seien. Die Umsetzung der Schwerpunkte sei dann Aufgabe der Verwaltung.

Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion, fragte, wie viele der geplanten Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2009 bereits begonnen wurden inklusive der bisherigen Ausgaben und nach der Höhe der beabsichtigten Einsparung im Bereich der Straßenunterhaltung. Weiterhin fragte er, ob die Reduzierung um 14 Mio. € eine fest vereinbarte Summe zwischen der Stadt Halle und dem Landesverwaltungsamt sei oder ob hier noch Spielräume bestünden.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, teilte mit, dass er den Fraktionen eine Übersicht zukommen lasse. Er brachte zum Ausdruck, dass Maßnahmen mit einem hohen Fördersatz Dritter begonnen wurden, wie beispielsweise Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm oder die A 14 mit einer 90 %igen GA-Förderung. Dies sei vom Landesverwaltungsamt so vorgegeben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte ergänzend die Gründe des Landesverwaltungsamtes, dass die Stadt Halle trotz nicht genehmigten Haushaltes Investitionsmaßnahmen mit einer hohen Förderquote anstoßen könne.

Bezogen auf den Haushalt insgesamt erklärte sie, dass das Landesverwaltungsamt ganz klar signalisiert habe, dass der Haushalt der Stadt Halle mit einem Defizit in Höhe von 28 Mio. € keinesfalls genehmigt werde. Im Ergebnis der stattgefundenen Gespräche sei deutlich geworden, dass über einen Nachtragshaushalt mit einer deutlichen Reduzierung des Defizites eine Genehmigung des Haushaltes erreicht werden könnte.

Man habe sich aufgrund der Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt innerhalb der Verwaltung auf 14 Mio. € festgelegt, weil man der Meinung sei, diese Reduzierung auch realisieren zu können. Sollte die Stadt Halle von den 14 Mio. € abweichen, bestünde die Gefahr, dass der Haushalt beanstandet werde.

Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion, hinterfragte die Reduzierung in Höhe von 100.000 € im Bereich BeteiligungsManagementAnstalt (BMA).

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass die BMA verschiedene Transaktionen geplant habe. Mit dem Vorstand der BMA, Herrn Lork, sei man übereinstimmend zu der Meinung gekommen, dass nicht alle Transaktionen notwendig wären bzw. mit geringeren Kosten durchgeführt werden können.

Die **Mitglieder des Hauptausschusses** fragten wiederholt nach der Förderung von Vereinen und Verbänden. Die Fördermittel könnten ausgezahlt werden, da die Vereine von der Globalen Minderung ohnehin nicht betroffen seien. Weiterhin fragten sie nach den städtischen Zuschüssen im Kulturbereich.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass sie als Oberbürgermeisterin für die Durchführung des Haushaltes zuständig sei. Sie könne bei einem nicht genehmigten Haushalt und der Auflage einen Nachtragshaushalt vorzulegen nicht verantworten, Zahlungen für freiwillige Leistungen zu veranlassen.

Sollte dem Nachtragshaushalt nicht zugestimmt werden, müsse sie bei der allgemeinen Haushaltssperre bleiben und könne nur Pflichtaufgaben durchführen sowie bei freiwilligen Aufgaben die unabweisbaren Maßnahmen genehmigen.

Hinsichtlich der Vorlage zur Förderung der Vereine und Verbände für Kulturmaßnahmen entgegnete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass diese in der letzten Legislaturperiode nicht mehr beschlossen wurde. Die Vorlage werde im September dem Kulturausschuss vorgelegt.

Frau Dr. Bergner, CDU-Stadtratsfraktion, wies darauf hin, dass in der Einladung für den Kulturausschuss keine derartige Vorlage auf der Tagesordnung stehe.

Daraufhin teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass den Mitgliedern des Kulturausschusses eine geänderte Tagesordnung zugesandt werde, bei der auch der TOP „Wahl eines Ausschussvorsitzenden“ zurückgenommen werde.

Die **Mitglieder des Hauptausschusses** machten deutlich, dass eine Untersetzung der einzelnen Positionen unerlässlich sei, um eine Entscheidung treffen und den Nachtragshaushalt politisch verantworten zu können. Die Verteilung auf die Dezernate wäre nicht ausreichend. Darüber hinaus wolle man - entgegen der Ausführungen von Herrn Beigeordneten Neumann im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften - eine eindeutige Aussage von der Verwaltung, dass bei den Sportvereinen keine weiteren Kürzungen vorgenommen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug vor, neben den entsprechenden Positionen Schwerpunkte aufzuführen, ohne diese haushaltskonkret zu benennen.

Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion, bat darum, die Untersetzung mit Schwerpunkten den Fraktionen vor der Fraktionssitzung am Montag zukommen zu lassen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schnellst mögliche Bearbeitung und Übergabe zu.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, stellte den Diskussionsverlauf im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften dar. Dort wäre es nicht um die Förderung von Sportvereinen gegangen, sondern um Projekte u. a. im Sozialbereich, bei denen man die Art der Förderung prüfen müsse, um das Ziel des Projektes zu erreichen. Diese können beispielsweise unterstützt werden durch die Kommunal-Kombi, durch einen finanziellen Zuschuss oder durch eine andere materielle Förderung.

Man sei mit verschiedenen Vereinen und Verbänden aus dem Sozial- und Sportbereich sowie aus dem Bereich der Arbeitsförderung bereits in Gesprächen, die den Alternativen zu finanziellen Zuschüssen durchaus positiv gegenüber stünden.

Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion, fragte, ob es hinsichtlich des Semestertickets bereits Erhebungen oder Erkenntnisse gebe, dass dadurch Einnahmen erzielt werden können.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, erwiderte, dass es keine Erkenntnisse darüber gebe, da das Semesterticket erst ab kommendem Semester im Oktober erhältlich sei. Die Auswirkungen könne man frühestens im nächsten Jahr darstellen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug vor, von einer Abstimmung über die Vorlage abzusehen, da eine Reihe von Ergänzungen und Änderungen vorzunehmen seien und diese innerhalb der Fraktionen noch beraten werden müssen. Mit den eingearbeiteten Änderungen könne in der Stadtratssitzung am 26.08.09 über den Nachtragshaushalt entschieden werden.

Die **Mitglieder des Hauptausschusses** erklärten sich damit einverstanden.

Abstimmungsergebnis: **beraten**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Nachtragssatzung und den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009, sowie das Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale).

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass die Stadtratsmitglieder auch in den entsprechenden Fachausschüssen fortlaufend über die Umsetzung der Maßnahmen des Konjunkturprogrammes II informiert werden. Dort können die jeweiligen Maßnahmen bei Bedarf hinterfragt bzw. dargestellt werden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Haushaltsstelle 2.4640-014 Kita „Kinderpark“ (Freier Träger). Hier wurde eine Baumaßnahme durch den Freien Träger vorfinanziert und bereits begonnen. Die angeforderten Teilbeträge des Freien Trägers seien bis heute von der Stadt Halle nicht gezahlt wurden. Dadurch könne die Baumaßnahme nicht rechtzeitig fertig gestellt werden, so dass die Kinder nicht im Hortgebäude untergebracht werden können, sondern in das Schulgebäude ausweichen müssen.

Er fragte, warum die von der Investitionsbank bereitgestellten Fördermittel nicht an den Freien Träger weitergeleitet werden, so dass die Baumaßnahme ordnungsgemäß durchgeführt werden könne.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erwiderte, dass ein Teilbetrag in Höhe von 99.000 € am heutigen Tag zur Auszahlung veranlasst wurde. Die Auszahlung des Restbetrages erfolge nach Rechnungslegung. Sobald die Rechnungen von dem Freien Träger bei der Verwaltung eingehen, werden diese nach Prüfung unverzüglich an die Landesinvestitionsbank weitergeleitet.

Die Fördermittel für diese Baumaßnahme in Höhe von insgesamt 870.000 € seien nicht an die Stadtverwaltung überwiesen. Die Mittel werden per Einzelnachweis abgerufen und können dementsprechend auch nur einzeln an den Freien Träger ausgezahlt werden. Über dieses Verfahren wäre der Freie Träger informiert.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bemerkte dass der Freie Träger die Auskunft erhalten habe, dass der Gesamtbetrag bereits an die Stadtverwaltung überwiesen wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados widersprach dem. Die Landesinvestitionsbank zahle die Mittel erst nach entsprechender Rechnungslegung. Sobald der Freie Träger Rechnungen bei der Verwaltung einreicht, werden diese geprüft und sofort an die Landesinvestitionsbank weitergeleitet. Und daraufhin wird ein weiterer Teilbetrag an den Freien Träger ausgezahlt.

In dem Zusammenhang informierte sie darüber, dass innerhalb der Verwaltung eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, die die Verfahrensweise bei der Abrechnung von Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II klärt. Momentan werde geprüft, ob für einen schnelleren Mittelabfluss eine Vorfinanzierung von Investitionsmaßnahmen durch die Landesinvestitionsbank möglich sei und die Abrechnung nach Abschluss der Maßnahme erfolgen könne. Dazu müssen auch Gespräche zwischen Bund und Land stattfinden, da die Maßnahmen letztendlich beim Bund abgerechnet werden müssen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Verständnis für diese Probleme, da die Stadt Halle eine der ersten Städte sei, die eine Maßnahme über das Konjunkturprogramm II durchführt und sich somit die Abläufe erst noch einspielen müssen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass der Freie Träger einen Kredit aufnehmen müsse, um die Rechnungen der Firmen bezahlen zu können. Hier müsse Abhilfe geschaffen werden, um zukünftig Skonti oder andere Kostenabsenkungen in Anspruch nehmen zu können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte dem zu. Hier müsse man mit dem Land schnellst möglich eine Lösung finden. Es müsse sichergestellt werden, dass eine zügige Finanzierung der Maßnahme erfolge, so dass die Rechnungen der Unternehmen beglichen werden können. Gleichzeitig brachte sie zum Ausdruck, dass der Freie Träger in der Pflicht sei, Zwischenrechnungen einzureichen, um Teilbeträge erhalten zu können.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass in einer Bürgerberatung die Bitte an sie herangetragen wurde, auch die Öffentlichkeit über die Maßnahmen des Konjunkturprogrammes II zu informieren. Sie regte an, die bewilligten Investitionsmaßnahmen im Amtsblatt zu veröffentlichen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte dem zu. In einem der nächsten Amtsblätter werde eine Übersicht der geplanten Maßnahmen einschließlich des Zuschussbetrages veröffentlicht.

Herr Wolter, Fraktion MITBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, ob es auch weitere Projekte gebe, bei denen es hinsichtlich des Bauablaufes bzw. der Finanzierung Probleme gebe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte, dass die Verwaltung über den Stand der Umsetzungen fortlaufend informieren werde. Sollten Probleme bei einzelnen Maßnahmen auftreten, werden diese durch die Verwaltung geklärt. Hier laufend die Stadträte zu informieren, wäre zu aufwändig, da sich der Sachstand täglich ändern könne. Die Stadträte haben in den entsprechenden Fachausschüssen die Möglichkeit, einzelne Maßnahmen zu hinterfragen und mögliche Probleme anzusprechen.

Die Mitteilung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über den Stand des Gesetzentwurfes zum Finanzausgleichsgesetz (FAG). In der jetzt vorliegenden Fassung bedeute dies für das Jahr 2010 eine nicht hinnehmbare Reduzierung sowohl im Verwaltungs- als auch im Vermögenshaushalt in Höhe von insgesamt ca. 18 Mio. € gegenüber dem Jahr 2009.

Damit habe die Landesregierung einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der den Ankündigungen, sich an den Aufgaben der Kommunen zu orientieren, eklatant entgegen laufe. Eine unabhängige Finanzkommission habe festgestellt, dass der Stadt Halle entsprechend ihrer Aufgaben 232 Mio. € zustehen würden.

Das bedeute, dass die Stadt Halle, aber auch die anderen beiden kreisfreien Städte gegenüber den kreisangehörigen Städten und Gemeinden dermaßen benachteiligt wären. Infolge dessen haben die Oberbürgermeister der drei kreisfreien Städte sich deutlich gegen den Gesetzesentwurf ausgesprochen. Die angedachten FAG-Zuweisungen wären nicht hinnehmbar, da man dann die Haushaltskonsolidierung nicht fortsetzen könne, sondern weitere Schulden anfallen würden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat die Landtagsabgeordneten, aber auch die Stadtratsfraktionen die Position der Stadt Halle gegenüber der Landesregierung zu vertreten, einen Finanzausgleich entsprechend der Aufgaben zu gewährleisten.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bemerkte, dass der Gesetzesentwurf momentan überprüft werde, um die Auswirkungen auf die Städte festzustellen. Seines Erachtens wäre es durchaus hilfreich, wenn sich die Stadt Halle nochmals dazu äußert und die Stadtratsmitglieder die Stadtverwaltung dahingehend unterstützen.

Anschließend diskutierten die **Mitglieder des Hauptausschusses** über die weitere Verfahrensweise. Es wurde sich darauf verständigt, dass man die Problematik der FAG-Zahlung in der Fraktionssitzung besprechen und dann einen entsprechenden Antrag in die Stadtratssitzung am 26.08.09 einbringen werde.

Zum Neubau Kurt-Wabbel-Stadion teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass beim Land ein Zuschuss in Höhe von 6 Mio. € beantragt und die entsprechenden Unterlagen eingereicht wurden.

Mit Schreiben vom 27.07.09 habe das Land Unterlagen hinsichtlich der Standortwahl und der Finanzierung nachgefordert. Die Fragen wurden von der Verwaltung mit Schreiben vom 14.08.09 sehr ausführlich beantwortet.

Hinsichtlich der Problematik des vorzeitigen Maßnahmebeginns, erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass man ein Schreiben der Ministerin für Gesundheit und Soziales, Frau Dr. Kuppe erhalten habe. Dort sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein Maßnahmebeginn erst dann vorliege, wenn Lieferungs- und Leistungsverträge abgeschlossen werden. Infolge dessen wurden z. B. Nachbesserungen der Unterlagen vorgenommen und parallel die Unterlagen für das Vergabeverfahren an 4 Bieter herausgegeben.

Abschließend bemerkte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die erforderlichen Aufgaben bisher planmäßig erfüllt wurden und man momentan hinsichtlich des Zuschusses auf ein Signal des Landes warte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte weiterhin über den Stand Schwimmhalle Robert-Koch-Straße. Hier habe man auf Nachfrage ausführlich begründet, weshalb eine Sanierung nicht möglich sei, sondern ein Neubau erforderlich wäre. Nach Prüfung des Landesbaubetriebes liegen die Unterlagen dem Sozialministerium vor.

Jetzt müsse eine Information des Sozialministeriums abgewartet werden, damit man die entsprechenden Vorbereitungen, wie den Abriss des Ärztehauses und des Strömungskanals bereits vornehmen könne. Nach Erhalt des Bewilligungsbescheides bzw. nach Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns könne mit dem Neubau begonnen werden. Die Schwimmhalle werde nach 20 bis 24 Monaten fertig gestellt sein.

Zur Schließung der Schwimmhalle Robert-Koch-Straße erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass Untersuchungen ergeben haben, dass ein erhebliches sicherheitstechnisches Problem vorliege. Es werde momentan geprüft, ob die Schwimmhalle noch weiter betrieben werden könne. Dazu werde eine Belastungsprobe in Abschnitten durchgeführt. Man gehe davon aus, dass spätestens am 10.09.09 die Ergebnisse des Sicherheitschecks vorliegen.

Zwischenzeitlich wurden durch Herrn Beigeordneten Dr. Wiegand mit dem Leistungszentrum, den Vereinen und Verbänden Gespräche geführt. Im Ergebnis dessen konnte für eine Übergangszeit der Leistungs-, Nachwuchs- und Vereinssport sichergestellt werden. Dazu mussten auch Änderungen für das öffentliche Baden in den Schwimmhallen der Stadt Halle vorgenommen werden, so dass es während der Schließung bis zur Fertigstellung der Schwimmhalle Robert-Koch-Straße zu Einschränkungen sowohl im Vereinssportbereich als auch für das öffentliche Baden kommen werde.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte nach dem Finanzierungskonzept für die Schwimmhalle Robert-Koch-Straße. Ihren Informationen zufolge, soll die Schwimmhalle eventuell mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm finanziert werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bestätigte die Aussage von Frau Haupt. Die Mittel sollen allerdings nicht aus dem Konjunkturprogramm II, sondern aus dem Konjunkturprogramm I von Bund und Land kommen. Dies habe Frau Ministerin Dr. Kuppe beim Empfang von Paul Biedermann öffentlich verkündet.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte weiterhin mit, dass die Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle mit folgendem Hinweis genehmigt wurde:

„Bei der Arbeit in den Unterausschüssen handelt es sich nicht um eine ehrenamtliche Tätigkeit im Sinne der Aufgaben von Ausschüssen nach § 45 ff. GO LSA. Bürgern, die in den Unterausschüssen tätig werden, ist keine Aufwandsentschädigung hierfür zu zahlen. Ebenfalls erhalten Gemeinderatsmitglieder keine zu ihrer normalen Aufwandsentschädigung zusätzliche Sitzungsgelder etc., wenn sie an den Sitzungen von Unterausschüssen teilnehmen.“

Ausgenommen hiervon sei der Jugendhilfeausschuss. Dieser habe eine andere Gesetzesgrundlage.

Den Fraktionen, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter, werde das Schreiben zugesandt.

Herr Wolter, Fraktion MITBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, ob die Hauptsatzung neben dem Amtsblatt auch im Internet veröffentlicht werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Veröffentlichung einer Lesefassung der Hauptsatzung im Internet zu. Offiziell werde die Hauptsatzung allerdings im Amtsblatt bekannt gegeben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bezog sich in einer weiteren Mitteilung auf die Umbenennung eines Teilabschnittes der Straße „An der Petruskirche“. Dazu wurde bereits ein Beschluss durch den Stadtrat gefasst. Seitens der Anwohner wurde nun geäußert, dass die Straßenumbenennung unnötig und nicht sachdienlich sei. Sie könne den Argumenten der Anwohner folgen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte die Mitglieder des Hauptausschusses nach ihrer Auffassung.

Die **Mitglieder des Hauptausschusses** stimmten überein, dass eine Straßenumbenennung ihrerseits ebenfalls nicht gewollt sei. Es wurde über die weitere Verfahrensweise zur Aufhebung des alten Beschlusses und Einbringung einer neuer Vorlage beraten.

Im Ergebnis der Diskussion wurde sich darauf verständigt, dass die Verwaltung in der Stadtratssitzung im September eine Vorlage einbringen werde, in der zum einen der alte Beschluss aufgehoben und zum anderen ein neuer Beschluss gefasst werde. Die Vorzugsvariante der neuen Straßenummerierung sei dann die Bezifferung der Eingänge mit Buchstaben.

Frau Dr. Bergner, CDU-Stadtratsfraktion, regte an, bei einer angedachten Straßenumbenennung zukünftig im Vorfeld mit den Anwohnern darüber zu sprechen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, zukünftig die Meinung der Anwohner einzuholen und dies in der entsprechenden Vorlage für die Stadträte als Information zu vermerken.

Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion, fragte, ob die Nummerierung der Eingänge mit Buchstaben rechtlich möglich sei. Bei vorangegangenen Straßenumbenennungen sei diese Nummerierung nach bundesgesetzlicher Regelung nicht möglich gewesen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass es nach Auskunft des Stadtvermessungsamtes rechtlich möglich sei, die Nummerierung der Eingänge mit Buchstaben vorzunehmen.

Anschließend erklärte sie die Gründe für diese Art der Nummerierung. Da hier keine Systematik zu erkennen war und es zu Irritationen gekommen wäre, sollte dieser Teil der Straße umbenannt werden. Diese Verfahrensweise sei üblich, um eine Systematik herzustellen und überschaubar für die Bürger und Besucher zu gestalten.

In Anbetracht der Artikel in der Presse zum neuen Logo der Stadt Halle teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nochmals mit bzw. machte deutlich, dass das Verfahren für das neue Logo in Verantwortung der Stadtmarketinggesellschaft lag. Die Gesellschafterversammlung habe beschlossen, eine neue Stadtmarke zu entwickeln, mit der sich auch Unternehmen identifizieren können. Daraufhin habe es eine Ausschreibung gegeben und eine Jury habe über die Vorschläge entschieden.

Über die Einführung des Logos in der Verwaltung werde noch diskutiert. Das Logo werde von Herrn Beigeordneten Neumann im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung sowie von Herrn Beigeordneten Kogge im Kulturausschuss nochmals vorgestellt. Insofern haben die Stadtratsmitglieder dieser beiden Ausschüsse die Möglichkeit, dort die Details zu hinterfragen.

Hinsichtlich der Aussage von Herrn Wolter, es habe zum Logo „Halle - Die Stadt“ einen Stadtratsbeschluss gegeben, widersprach Frau Oberbürgermeisterin Szabados. Die Entscheidung zur Einführung dieses Logos habe damals allein die Stadtverwaltung durch den Erlass einer Rundverordnung getroffen.

In der Stadtratssitzung am 29.04.2004 habe Herr Stadtrat Kupke einen Antrag gestellt, dass das Stadtwappen ausschließlich durch die Stadt zu nutzen sei und das Logo „Halle - Die Stadt“ auch durch Dritte genutzt werden könne. Dem wurde mehrheitlich zugestimmt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sicherte zu, bei solchen Entscheidungsprozessen in Zukunft anders zu verfahren. Es werden die entsprechenden Fachausschüsse angemessen einbezogen. Da die Stadt Halle Hauptgesellschafter in der Stadtmarketing GmbH sei, wäre eine weitere Überlegung, dass der Stadtrat über eine Änderung des Gesellschaftsvertrages die Gründung eines Aufsichtsrates oder Beirates beschließen könne.

Herr Wolter, Fraktion MITBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erinnerte an seine Fragen zum Verfahren des neuen Logos aus der Sondersitzung des Stadtrates am 23.06.09, die ihm bis heute nicht vollständig beantwortet wurden. Dies halte er vom Verfahren her, miteinander zu kommunizieren, für sehr bedenklich.

Darüber hinaus brachte **Herr Wolter** zum Ausdruck, dass er als Stadtrat einen Wirtschaftsplan der Stadtmarketing GmbH verabschieden müsse, in dem auf die Entwicklung einer neuen Stadtmarke in keiner Form hingewiesen wurde. Es könne nicht sein, dass der Stadtrat bei einer solch wichtigen Marketingmaßnahme erst im Nachhinein darüber Kenntnis erhalte.

Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion, wies darauf hin, dass zum Logo „Halle - Die Stadt“ durch den damaligen Oberbürgermeister Herrn Dr. Rauen eine Informationsveranstaltung durchgeführt wurde und eine Zustimmung per Akklamation erfolgt sei.

Weiterhin fragte **Herr Bönisch**, wie eine Gesellschafterentscheidung ohne die Mehrheit der Stadt Halle, die 60 % der Anteile verwalte, getroffen werden konnte.

Frau Dr. Bergner, CDU-Stadtratsfraktion, fragte nach der weiteren Verfahrensweise mit dem Logo und ob dieses noch geändert werden könne, indem man z. B. das vollständige Wappen der Stadt Halle einfügt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, die Entscheidung der Stadtmarketing GmbH zu akzeptieren. Eine Änderung des neuen Logos wäre jetzt nicht mehr möglich, da die Gesellschafterversammlung über dieses Logo einen Beschluss gefasst habe. Jetzt könne man nur für die Zukunft versuchen, den Stadtrat zu beteiligen, indem man z. B. einen Aufsichtsrat/Beirat gründet.

Auf die Frage von Herrn Bönisch entgegnete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass man auch innerhalb der Verwaltung dem neuen Stadtlogo positiv gegenüber stand und dementsprechend diesem Logo in der Gesellschafterversammlung auch zugestimmt habe.

Hinsichtlich der Gründung eines Aufsichtsrates würde die Verwaltung bei allgemeiner Zustimmung der Stadträte dies in der Gesellschafterversammlung ansprechen und darüber beraten. Eine entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages würde die Verwaltung dann als Vorlage in den Stadtrat einbringen. Dies sei frühestens im Oktober möglich.

Die Werbung mit dem neuen Logo am Stadteingang von Halle, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter, sei eine Aktion der Stadtmarketing GmbH und werde in dieser Form vorerst dort bestehen bleiben. Es könne jetzt lediglich in den beiden Fachausschüssen diskutiert werden. Die Verwaltung werde dann ihre Entscheidung treffen.

Auf die Frage nach dem Logo auf den Visitenkarten der Stadträte entgegnete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass diese nicht mit dem neuen Logo gedruckt werden.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, fügte hinzu, dass die neue Stadtmarke erhalten bleibe. Damit soll einheitlich nach außen und innen kommuniziert werden.

In den beiden Fachausschüssen könne darüber diskutiert werden. Im Ergebnis der Diskussionen werde es eine Rundverfügung geben, wie die neue Stadtmarke in der Verwaltung umzusetzen sei.

Herr Wolter, Fraktion MITBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, gab sich mit den Antworten der Verwaltung nur teilweise zufrieden. Er machte deutlich, dass es Aufgabe der Oberbürgermeisterin sei, die Stadträte über die Verfahrensweise und die möglichen Folgen einer Veränderung der Stadtmarke zu informieren.

Und in Anbetracht dessen, dass der Stadtrat den Wirtschaftsplan der Stadtmarketing GmbH verabschiedet, sei dieser seines Erachtens auch in die Vorhaben der Stadtmarketing GmbH einzubeziehen. Es gebe bei einem Wirtschaftsplan beispielsweise die Möglichkeit, nachträglich Änderungen vorzunehmen bzw. einen Nachtragsplan einzubringen. Da dies nicht geschehen sei, wäre der Wirtschaftsplan nicht erfüllt worden und die Entscheidung für das neue Logo in Frage gestellt.

Des Weiteren konnte aus der Presse entnommen werden, dass selbst der Geschäftsführer der Stadtmarketing GmbH, Herr Voß, das Logo in Frage stellt und Änderungen vornehmen wolle.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, wies darauf hin, dass es meistens eine Differenz zwischen der Aussagen in der Presse und den tatsächlichen Äußerungen gebe.

Er betonte, dass in der Stadtmarketing GmbH nicht über eine Veränderung des neuen Logos nachgedacht werde. Das Logo werde in der Form so bestehen bleiben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass sie gerne bereit sei, in den Ausschüssen darüber zu diskutieren, in welcher Form das neue Logo in die Verwaltung übernommen werde, damit ein einheitliches Auftreten von Stadtmarketing, Unternehmen und Verwaltung gewährleistet sei. Entsprechend werde sie eine Rundverfügung erlassen, wie Briefköpfe, Visitenkarten usw. zukünftig auszusehen haben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über die Namensgebung „Rollmops“ der Skaterbahn in Halle-Neustadt im Rahmen des IBA-Projektes 2010. Der Verein „congrav“ soll die Skaterbahn nach Fertigstellung unterhalten und pflegen. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, in dem u. a. auch festgelegt sei, dass der Verein das Recht habe, Sponsoringleistungen zu empfangen und die Namensrechte zu vergeben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stellte die Hintergründe für die Namensgebung „Rollmops“ dar. Es gebe eine Firma „Rollmops“, die Skaterprodukte vermarktet und Hauptsponsor der Skaterbahn in Halle-Neustadt sei.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, konnte der Namensgebung „Rollmops“ nicht zustimmen. Er fragte, ob die Namensgebung auch bestehen bleibe, wenn der Sponsor irgendwann aussteige.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass es Anliegen der Stadt Halle und der IBA war, gemeinsam mit den Nutzern die Skaterbahn zu projektieren.

Den Abschluss des Vertrages mit dem Verein habe sie für eine gute Konstruktion gehalten. Die Unterhaltung und Pflege der Anlage übernehme der Verein. Dieser werde auch darauf achten, dass keine Vandalismusschäden entstehen. Somit habe man hier auch eine Entlastung des städtischen Haushaltes erreicht.

Und dass man dem Verein dann die Vergabe der Namensrechte zuspricht, halte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** für durchaus angemessen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Herr Wolter, Fraktion MITBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf seine Anfrage im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zum AWO-Projekt ARBAK-Jugend (arbeitsorientierte Beratungs- und Aktivierungsstelle für Jugendliche). Um dieses Projekt durchführen zu können, benötigt die AWO die notwendigen städtischen Mittel. Er hatte darum gebeten, seine Anfrage bis zum heutigen Hauptausschuss zu beantworten; dies sei nicht erfolgt.

Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion, erinnerte an seine Anregung in der Sondersitzung des Stadtrates am 23.06.09, dass die BMA den Fraktionen eine systematische Übersicht zur inhaltlichen Bedeutung und Bewertung der jeweiligen Aufsichtsräte zur Verfügung stelle. Er fragte, wann die Fraktionen diese Übersicht erhalten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass sie zu diesem Thema am 21.08.09 einen Gesprächstermin bei dem Vorstand der BMA, Herrn Lork habe. Danach werde die Übersicht den Fraktionsvorsitzenden zugeleitet.

Sie machte darauf aufmerksam, dass bei diesen Beurteilungen die städtischen Unternehmen betroffen seien und bat darum, dies intern zu behandeln.

Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion, bat darum, diese Übersicht per E-Mail und vor der Stadtratssitzung am 26.08.09 zu erhalten.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass Herr Schneller, Amtsleiter Sozialamt, in eine der letzten Sitzungen des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses darüber informiert habe, dass momentan eine neue Richtlinie für die KdU (Kosten der Unterkunft) erarbeitet werde.

Frau Haupt fragte nach dem Stand der Erarbeitung und wann die Stadträte die Richtlinie erhalten werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass in der nächsten Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses darüber informiert werde. Sollte sich herausstellen, dass es für den Stadtrat relevant sei, würde eine entsprechende Mitteilung erfolgen.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 10 Anregungen

Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion, regte an, zukünftig die durch die Fraktionen benannten Ausschussvorsitzenden bei der Absprache der Tagesordnung für die erste Ausschusssitzung einzubeziehen. Die Ausschussvorsitzenden seien zwar in dem Moment noch nicht offiziell bestätigt, stehen aber im Prinzip schon fest.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte die Einbeziehung der benannten Ausschussvorsitzenden bei der Absprache der Tagesordnung für die erste Ausschusssitzung zu und bat die Beigeordneten zukünftig darauf zu achten. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass sie die Tagesordnung zu dem Zeitpunkt noch nicht unterschreiben können, da sie noch nicht offiziell benannt seien.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab bekannt, dass sie und Herr Beigeordneter Neumann die Sitzung verlassen müssen, da sie an einer Diskussionsrunde zur Entwicklung des Mitteldeutschen Raumes teilnehmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 1. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses und übergab Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack die Sitzungsleitung.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin